

Große Anfrage

der Fraktion GRÜNE

Sichere und leistungsfähige IT-Infrastruktur für eine digitale Gesellschaft

Wir fragen die Landesregierung:

I. Zu allgemeinen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg

1. Welche zentralen Dateninfrastrukturen existieren in Baden-Württemberg in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft (bitte unter Angabe, inwieweit diese anwendungsfeldbezogen [bspw. Mobilität, Umwelt, Gesundheit] vernetzt beziehungsweise zugänglich sind)?
2. Inwieweit existieren aktuell gesetzliche oder verwaltungsintern vereinbarte Standards zur Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung in Baden-Württemberg?
3. Welche verwaltungsinternen Standards sind aktuell in den einzelnen Fachressorts der Landesverwaltung für die unterschiedlichen zugrundeliegenden Anwendungsfelder wie bspw. den Bildungssektor, den Verwaltungssektor oder den Gesundheitssektor in Verwendung?
4. Welche Initiativen (öffentliche wie privatrechtliche) existieren zur Datenvernetzung und -nutzung in Baden-Württemberg aktuell nach Kenntnis der Landesregierung (bitte unter Angabe, ob die jeweilige Initiative öffentliche Fördermittel erhält)?
5. Welche Initiativen zur Datenvernetzung und -nutzung hält die Landesregierung grundsätzlich für vielversprechend?
6. Wie ist der aktuelle Stand bei der Benennung der Datenbeauftragten in den jeweiligen Ministerien?
7. Wurde der in der Digitalstrategie digital.LÄND genannte Digitale Zwilling Baden-Württemberg bereits in Modellkommunen beziehungsweise Modellregionen realisiert (falls nein, bitte unter Nennung von Gründen hierfür)?
8. Inwieweit fördert bzw. unterstützt die Landesregierung gemeinwohlorientierte Datennutzung aktiv?
9. Inwieweit plant die Landesregierung – parallel zum Vorhaben der Bundesregierung gemäß der 2023 veröffentlichten Datennutzungsstrategie – die Erstellung eines Datenatlas der Landesverwaltung, der Daten aller Landesministerien und ihrer Geschäftsbereiche auf Metadatenebene zeigt?
10. Inwieweit unterstützt die Landesregierung die leichtere Auffindbarkeit von Musterverträgen und Mustervertragsklauseln sowie von Best Practice zur rechtssicheren Anwendung der Regelwerke, beispielsweise zu Datenschutz und IT-Sicherheit, um Unternehmen, Zivilgesellschaft, öffentliche Stellen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher beim sicheren Austausch von Daten zu helfen?

11. Wie bewertet sie verschiedene Arten von Cloud Computing-Technologien von Public-Cloud-Services über Hybrid-Cloud-Services bis hin zu inCloud, OnPremise und airGapped Lösungen über eine Umsetzung durch Hyperscaler, Hyperscaler mit Data Boundary, US-Technologie im EU-Betrieb, EU-Cloud im Hinblick auf Souveränität (unter Angabe von entsprechenden Definitionen, was sie darunter versteht)?
12. Wie möchte sie souveräne Datenhaltung in Baden-Württemberg, insbesondere in der Verwaltung, vorantreiben und ausbauen?

II. Im Speziellen zu vorhandener IT-Infrastruktur für datenintensive Anwendungen im Bereich der Wirtschaft

1. Welche digitalsouveränen Anbieter für EU Datenschutzgrundverordnung-konforme (DSGVO-konforme) Serverkapazitäten (GPU- und CPU-Rechenleistung) gibt es in Deutschland (bitte unter Angabe, wer der Träger ist und wie Interessierte Zugang dazu bekommen können)?
2. Inwieweit adressieren nach Einschätzung der Regierung diese Anbieter mit ihren Angeboten nicht-kapitalintensive, datengetriebene Startups?
3. Inwieweit sollten aus ihrer Sicht datengetriebene Startups, welche nicht aus der Wissenschaft ausgründen, durch die Bereitstellung von DSGVO-konformen Serverkapazitäten unterstützt werden?
4. Könnten Vereinigungen oder Startups, welche als nicht gewinnorientierte Organisation (Vereine, Verbände, gemeinnützige Gesellschaften wie gGmbH, Genossenschaften oder Stiftungen) organisiert sind, rechtskonform in besonderem Maße hinsichtlich der Bereitstellung von DSGVO-konformen Serverkapazitäten für datengetriebene Projekte und Anwendungen gefördert werden?
5. Inwieweit wird zukünftig beabsichtigt, den Zugang von Unternehmen und hierbei insbesondere von Startups zu rechtssicheren, qualitativ hochwertigen Datensätzen durch Datenpools oder andere Initiativen zu erleichtern?
6. Inwieweit plant bzw. bietet sie für Start-ups gezielte Beratungs- oder Weiterbildungsangebote zu Themen wie EU-Datenschutzgrundverordnung, IT-Sicherheit und nachhaltige Geschäftsmodelle an?
7. Wie schätzt sie die derzeitige Situation zur Datensicherheit in der Wirtschaft im Land ein (unter Angabe der Unterstützungsmöglichkeiten vonseiten des Landes)?
8. Wie bewertet sie die vorhandene IT-Infrastruktur im Land für die Digitalwirtschaft (Start-ups, Kleine und mittlere Unternehmen und Konzerne)?

III. Im Speziellen zu vorhandener IT-Infrastruktur für datenintensive Anwendungen im Bereich der Wissenschaft

1. Wie sind die Universitäten und Hochschulen im Land mit Serverkapazitäten (CPU- und insbesondere GPU-Rechenleistung) für KI-Forschung ausgestattet (wenn möglich mit Aufzählung der Standorte und der Höhe der jeweilig vorhandenen GPU- und CPU-Rechenleistung)?
2. Wie viel zuständiges Personal betreut diese Kapazitäten langfristig?
3. Wie viel der vorhandenen Serverkapazitäten sind langfristig bzw. projektbasiert verfügbar (unter Angabe einer Einschätzung von Auslastung und etwaiger Wartezeit je Standort)?

4. Gibt es finanzielle Mittel an den Universitäten und Hochschulen, um externe Serverkapazitäten zu mieten (unter Angabe einer Einschätzung zur digitalen Souveränität dieser)?
5. Welche weiteren Ausbauschritte erachtet sie bei der Ausstattung der Universitäten und Hochschulen mit Serverkapazitäten (GPU- und CPU-Rechenleistung) hinsichtlich der Höhe der Kapazitäten, des betreuenden Personals und der finanziellen Mittel für externe Leistungen mittel- und langfristig für notwendig, um eine angemessene, international wettbewerbsfähige KI-Forschungsinfrastruktur zu gewährleisten?
6. Für welche Akteure und zu welchen Bedingungen ist die Supercomputer-Infrastruktur am Hochleistungsrechenzentrum der Universität Stuttgart (HLRS) zugänglich?
7. Ab wann, für welche Akteure und zu welchen Bedingungen wird die geplante KI-Fabrik HammerHAI am HLRS als sichere und leistungsfähige Infrastruktur für KI-Optimierung zugänglich sein?
8. Wie schätzt sie die derzeitige Situation zur Datensicherheit in der Forschungslandschaft ein (unter Angabe der Unterstützungsmöglichkeiten vonseiten des Landes)?
9. Wie bewertet sie die vorhandene IT-Infrastruktur im Land für die Forschung (Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstitute)?
10. Welche Chancen sieht sie für das Land in der Entwicklung von OpenEuroLLM?

12.3.2025

Andreas Schwarz, Seimer und Fraktion

Begründung

Aktuell ist in Baden-Württemberg laut Digitalstrategie digital.LÄND die Erarbeitung einer Datenstrategie erst nach Geltung des Datengesetzes der EU ab September 2025 geplant. Das mehrwertstiftende Potenzial digitaler Datennutzung ist jedoch enorm, und um national sowie international wettbewerbsfähig zu bleiben, ist ein proaktives Handeln von Nöten. Zudem werden hohe Summen in KI-Forschung und einzelne KI-Startups – beispielsweise im Rahmen des KI-Innovationsparks IPAI, dem KI-Zentrum Schule oder dem OpenEuroLLM – investiert. Häufig fehlt grundlegende DSGVO-konforme IT-Infrastruktur für Wirtschaftsakteure – insbesondere für Startups, aber auch für einige KMU – in Baden-Württemberg und Deutschland in der Masse und für Wissenschaftsakteure sind diese oftmals nur projektbasiert und nicht nachhaltig vorhanden. Im Sinne einer europäischen digitalen Souveränität und der zugrunde liegenden europäischen Werte ist es wichtig, dass diese Thematik neben der Forschung an datengetriebenen Anwendungen ebenfalls entsprechende Aufmerksamkeit von politischer Seite erfährt.

Wir fragen die Landesregierung daher ergänzend zu den Drucksachen 17/5280 zum Datenportal BW und 17/5645 zu Informationsfreiheit und Open Data in Baden-Württemberg nach den aktuellen Rahmenbedingungen für digitale Datennutzung und der Verfügbarkeit von IT-Infrastruktur für datenintensive Anwendungen im Land Baden-Württemberg.